

„E.ON täuscht die Bevölkerung“

Politiker und IG fordern, der Landtag möge den Bau einer Freileitung ablehnen

BECKSTEDT ■ Der Landtag möge die einmütige Haltung der Kreistage und Gemeinderäte unterstützen und auch parteienübergreifend die von der E.ON Netz GmbH geplante 380-Kilovolt-Hochspannungsfreileitung von Ganderkesee nach St. Hülfe ablehnen. Dafür werben Vertreter der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“, die hiesigen Kommunalpolitiker, die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter (Friesoythe) und der SPD-Bundestagsabgeordnete Holger Ortel (Delmenhorst).

Auf Geuters Wunsch traf sich die Runde am Freitag auf dem Eglinger Platz in Beckstedt zu einem fast zweistündigen Gedankenaustausch. IG-Sprecher Jens Kammann machte deutlich, man erwarte vom Netzbetreiber konkrete Verbesserungsvorschläge gegenüber den bisherigen Planungen:

„Es ist wenig glaubwürdig, wenn E.ON einen Flyer verteilt, auf dem ein wesentlich kleinerer Mast für eine 110-KV-Leitung abgebildet ist als die tatsächlich geplanten doppelt so großen – bis zu 60 Meter hohen – Stahlgittermasten. Damit werde der Bürger getäuscht und der Bevölkerung ein falsches Bild vermittelt. Ratsfrau Anne Wilkens-Lindemann: „Die Info-Stände von Prognos sind für uns ein Schlag ins Gesicht. E.ON glaubt wohl, man könne die Landbevölkerung für dumm verkaufen.“

Der stellvertretende Landrat Friedrich Harnisch bestätigte, dass alle Parteien im Kreistag gegen eine Freileitung stimmten, obwohl keineswegs alle Gemeinden betroffen seien. Einigkeit herrschte auch bei der Forderung nach Erdverlegung. Kai Pfänder von der IG verwies darauf, dass seit 15

Jahren keine 380-KV-Leitung mehr gezogen wurde. Bei der Anhörung im Mai hatte E.ON von einem Förderantrag bei der Europäischen Union (EU) gesprochen. Ortel verwies auf eine Anfrage der FDP-Abgeordneten Angelika Brunkhorst, wonach der Bundesregierung ein E.ON-Antrag auf Fördermittel für eine Erdkabelvariante nicht bekannt sei. Mit dem EU-TEN-Programm würden Machbarkeitsstudien gefördert. Der Bund stelle keine Mittel für den Ausbau des Netzes zur Verfügung.

Renate Geuter kritisierte, bei anderen Planungen sei das Raumordnungsverfahren ausgesetzt worden, hier aber nicht: „Wenn der Minister hier einen Präzedenzfall schafft, muss er auch andere Freileitungen genehmigen.“ Die Leitung Ganderkesee-St. Hülfe biete sich als Pilotprojekt für eine gaisolierte Erd-

verkabelung (GIL) an. Colnrales Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann wies die E.ON-Behauptung, die Technik sei noch nicht ausgereift, entschieden zurück. Bei der Anhörung hätten Experten eindeutig die Machbarkeit bestätigt. Hermann Bokelmann, Mitglied im Rat der Samtgemeinde Harpstedt, wunderte sich, dass E.ON den Lückenschluss zwischen Ganderkesee und St. Hülfe mit der Windenergie begründet. Dem habe Ministerpräsident Wulff bereits im Mai mit dem Hinweis widersprochen, der Lückenschluss sei auch ohne den weiteren Ausbau der Windenergienutzung erforderlich. IG-Sprecher Frank Windhorst forderte die Festlegung von Sicherheitsabständen: „Es geht nicht um die betriebswirtschaftlichen Interessen eines Monopolisten, sondern um den Schutz der Menschen.“